

Beschlüsse des Landeshauptausschusses der FDP Baden-Württemberg am 9. Juli 2022 in Bad Mergentheim

Beschluss:	Seite:
E-Fuels sind zum Erreichen der Klimaziele notwendig	2
Regionalen Schienenpersonenverkehr stärken	3
Eine starke deutsche Demokratie braucht eine starke Bundeswehr, sowie einen starken Zivil- und Katastrophenschutz	4
Verhindern, dass das Licht ausgeht: 11 liberale Forderungen für Versorgungssicherheit und Klimaschutz	6
Luftverkehrsstandort Baden-Württemberg stärken	10
Leistungsfähiger Ausbau der Gäubahn und Einbindung in den Knoten Stuttgart endlich umsetzen	11
Sofortprogramm für unsere Kommunen	14
Anzahl der Fahrradtrails in Baden-Württemberg deutlich erhöhen	15
Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit sind keine Schande, Hasskriminalität schon!	16
Ernährungsschutzgebiete - Qualitätsoffensive für den Boden	17

Beschluss: E-Fuels sind zum Erreichen der Klimaziele notwendig

Die FDP Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, sich auf Bundesebene für die Einführung von E-Fuels (synthetische Kraftstoffe) im Rahmen einer technologie-offenen Energiepolitik und nachhaltigen Mobilität zu engagieren und deren breite Einführung zu beschleunigen.

Beschluss: Regionalen Schienenpersonenverkehr stärken

Die Freien Demokraten sprechen sich für eine Stärkung des regionalen Schienenpersonenverkehrs aus. Aufgabenträger ist das Land.

Dieses soll:

- Bei Ausbauprojekten der Schieneninfrastruktur des Bundes die Interessen des Landes, der Nutzerinnen und Nutzer sowie der Anwohnerinnen und Anwohner wahren.
- Bei Neubauprojekten darauf achten, dass diese für uns nur dann in Betracht kommen, wenn es jeweils einen zweifelsfreien verkehrlichen Bedarf gibt, die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme nachgewiesen ist, es eine Finanzierungsperspektive gibt sowie der Konsens mit den Beteiligten hergestellt ist.
- Bei der Fahrplangestaltung durch die Nahverkehrsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg GmbH (NVBW) sicherstellen, dass vermeintliche Verbesserungen sich nicht als Verschlechterungen herausstellen und dies umgehend zu korrigieren. Ein Beispiel hierfür ist die um Zuge der elektrifizierten Südbahn um 40 Minuten verlängerte Reisezeit zwischen Ulm und Basel aufgrund von Einschränkungen auf der Bodenseegürtelbahn.
- Bei Modernisierungen wie beispielsweise der Elektrifizierung von Bahnstrecken immer auch die Alternative innovativer Antriebe wie Brennstoffzellen-Züge als Leuchtturm des Einstiegs in die dringend erforderliche Wasserstoff-Wirtschaft mitdenken.
- Das Vorhaben Digitale Schiene Deutschland mit dem European Train Control System (ETCS), den Digitalen Stellwerken (DSTW) und dem integrierten Leit- und Bediensystem (iLBS) als wichtige Stufen hin zu einem in Echtzeit intelligent und automatisiert gesteuert Bahnverkehr konstruktiv unterstützen und voranbringen.
- Auf faire Wettbewerbsbedingungen und Transparenz achten. Dies bezieht sich ganz zuvorderst auf die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren der Abellio Rail-Württemberg und dem Kauf durch die Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH (SWEG).

Beschluss: Eine starke deutsche Demokratie braucht eine starke Bundeswehr, sowie einen starken Zivil- und Katastrophenschutz

Mit der Abschaffung der Wehrpflicht vor über 10 Jahren ist die Bundeswehr zu einer Berufsarmee geworden die vielfältigen Aufgaben im Rahmen von Auslandseinsätzen oder der Katastrophenhilfe im Inland erfüllen soll. In den letzten Jahren ist auch die Bündnisverteidigung innerhalb der Nato in den Blickpunkt der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik geraten. Auch der Klimawandel oder die Corona-Pandemie haben die Soldatinnen und Soldaten vor große Herausforderungen gestellt. Sie waren dennoch eine große Unterstützung für die zivilen Behörden und die Bevölkerung. Dennoch steht die Bundeswehr vor einem immensen Fachkräftemangel, einer reduzierten Bindung zur Zivilgesellschaft und mit eklatanten Problemen beim Ausrüstungsmaterial vor großen Anstrengungen. Aufgrund seiner Geschichte war die Bundesrepublik immer sehr darum bemüht für alle Konflikte eine diplomatische Lösung zu suchen. Dies muss auch nach wie vor das Kernstück deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein. Dennoch muss auch beachtet werden, dass dieser Grundsatz leider nicht überall auf der Welt gleichermaßen gilt. Aufgrund der Erfahrungen dieses Frühjahrs in Europa muss jedoch auch eine Stärkung der Bundeswehr, sowie des Zivilschutzes stärker in den Blickpunkt genommen werden. Nachdem nun bis 2024 mindestens 2% des BIP in die Bundeswehr investiert werden, gilt es mit diesem Antrag Vorschläge zu unterbreiten wie die Bundeswehr für die Aufgaben in den kommenden Jahren gestärkt werden kann:

Bundeswehr

1. Männer und Frauen sollen die Möglichkeit bekommen, auch nur die dreimonatige intensive Grundausbildung in den bestehenden Waffengattungen der Bundeswehr zu absolvieren.
2. Der Ausbau von Kampftruppen, Kampfunterstützungstruppen und Einsatz- bzw. Führungstruppen des Heeres wird vorangetrieben. Ziel ist es beispielsweise die Enhanced Forward Presence in den baltischen Staaten für die kommenden Jahre halten zu können und gleichzeitig die Einsatzbelastung durch stärkere Rotation zu verringern. Auch soll die Bundeswehr ihre bestehenden Auslandseinsätze und Verpflichtungen innerhalb der Nato und der UN uneingeschränkt nachkommen können.
3. Die Bundeswehr erhält genügend Munition um einen konventionellen oder asymmetrischen Krieg für die Dauer von 24 Tagen ohne Nachschub führen zu können.
4. Die Bundeswehr soll in der Lage sein, den cyber- und elektronischen Raum zu schützen.
5. Bis es zu einer gemeinsamen europäischen Armee kommt, werden nach dem Vorbild des Eurocorps, des Deutsch-Niederländischen Korps und des Multinationalen Korps Nord-Ost dauerhafte weitere multinationale Korps (z.B. mit Süd- oder Osteuropa) installiert. Gemäß des 2+4 Vertrages werden jedoch weiterhin keine Nato-Truppen dauerhaft in den neuen Bundesländern stationiert.
6. Die Marine verstärkt ihren Beitrag im Rahmen der Carrier-Strike-Groups der Nato. Zudem soll die Marine zur Sicherung der internationalen Handels- und Seewege und zur Absicherung von internationalen Abkommen (z.B. das Abkommen von Montreux) verstärkt Präsenz zeigen. Wie bereits letztes Jahr durch die Missionsfahrt der Fregatte Bayern erfolgt, zeigt Deutschland insbesondere in den Gewässern des Mittelmeers, Indischen Ozeans und in Südostasien regelmäßig unabhängig von Missionen eine regelmäßige Marinepräsenz. Die Marine wird hierzu entsprechend ausgebaut.
7. Die Bundeswehr bildet, in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, verstärkt auch Armeen außerhalb der Nato aus.

Zivil- und Katastrophenschutz

9. Die bestehende finanzielle Förderung zur Installation von Sirenen (Hintergrund Hochwasser im Ahrtal) wird ausgebaut. Auch die Methode des "Cell Broadcasting" soll zukünftig extensiv für die Warnung der Bevölkerung vor Katastrophen genutzt werden und in die Warnsysteme integriert werden. Dabei fordern wir das Land auf, sich an den Kosten neuer Bevölkerungswarnsysteme zu beteiligen.
10. Zur Stärkung des Zivilschutzes sollen auch hier die Mitgliederrückgänge und Rekrutierungsprobleme, insbesondere bei Jüngeren, durch einen höheren finanziellen Ausgleich, Anerkennung für Verlängerungen bei Ausbildungs- und Studienzeiten und einer 3-monatigen freiwilligen Grundausbildung gefördert werden.

Beschluss: Verhindern, dass das Licht ausgeht: 11 liberale Forderungen für Versorgungssicherheit und Klimaschutz

Deutschland leistet einen entscheidenden Beitrag für das Vorankommen Europas. Damit dies auch weiterhin möglich ist, muss die oberste Priorität sein, dass die Versorgung mit Energie und insbesondere mit Erdgas aufrechterhalten wird, um Produktionsschließungen zu verhindern. Nach Auffassung der FDP Baden-Württemberg müssen sämtliche Potenziale, die einen Beitrag zur Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme leisten und uns unabhängiger von einseitigen Gaslieferungen machen können, genutzt werden. Gleichzeitig stehen wir aufgrund des fortschreitenden Klimawandels vor der Herausforderung die Klimaziele von Paris auf eine bezahlbare Art und Weise zu erreichen. Wir müssen also zunächst für Versorgungssicherheit sorgen ohne einen effektiven und effizienten Klimaschutz zu vergessen. Insbesondere ist es erforderlich, alle Möglichkeiten auszuschöpfen Energie in Form von Molekülen zu importieren und dabei auf erneuerbaren Wasserstoff und seine Derivate zu setzen. Eine Energieautarkie anzustreben halten wir für eine Utopie. Die FDP Baden-Württemberg ist überzeugt, dass wir beides sicherstellen können. Einseitige ideologische Betrachtungen von bestimmten Technologien und Lösungsmöglichkeiten lehnen wir ab.

Wir fordern daher:

- 1. Schnellstmöglich für die kommenden fünf Jahre den Weiterbetrieb der drei verbliebenen Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 in Deutschland sowie die Wiederaufnahme des Betriebs der Ende 2021 vom Netz genommenen drei Kernkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen, Block C sicherzustellen und die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen.** Der Prüfbericht des Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministeriums erfolgte rein nach Aktenlage. Die Weigerung des Bundeswirtschaftsministers und der Landesumweltministerin sich dem Thema anzunehmen, scheint rein ideologisch motiviert. **Wir verurteilen zudem die Naivität hinter der Binsenweisheit des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, dass Atomkraftwerke kein Gas produzieren würden, sondern Strom.** In 2021 lag in Deutschland der Anteil von Erdgas an der Stromerzeugung bei 12,6 Prozent, in 2020 sogar noch bei 13,7 Prozent. Dieser Anteil muss ersetzt werden. Ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke wäre in der aktuellen Situation zudem im Gegensatz zur zunehmenden Verstromung von Kohle ein klimafreundlicher Beitrag zur Versorgungssicherheit. Die genannten Kernkraftwerke können 66 TWh Strom pro Jahr produzieren. Wenn man diese Energiemenge mit Kohlekraftwerken erzeugen will, stößt das 73 Millionen Tonnen CO₂ aus. Auch das IPCC empfiehlt den Einsatz von Kernenergie als Form der klimaneutralen Energiegewinnung. Die Möglichkeit zum Betrieb der Anlagen im Streckbetrieb begrüßen wir ausdrücklich. Aufgrund der Entwicklung der Versorgungssicherheit auf dem Weltmarkt soll eine befristete Neubeschaffung von Brennelementen für die entsprechenden Kraftwerke geprüft werden, ohne neue Abhängigkeiten von Russland und seinen Partnern zu schaffen.
- 2. Dass die Landesregierung einen Plan vorlegt, wie schon jetzt Energie (insb. Gas) in öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden des Landes und der Kommunen gespart werden kann.**

Beispielsweise kann es schon jetzt sinnvoll sein, das Beheizen von Schwimmbädern zu reduzieren oder zu stoppen.

3. die Potenziale von CCUS-Technologien (Carbon Capture Use and Storage) zu heben und die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, insbesondere für den relevanten Einsatz von CCS.

Dazu gehören:

- a) eine Weiterentwicklung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG),
- b) der Aufbau einer CO₂-Infrastruktur oder
- c) die Umsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz für CCS.

Damit schaffen wir die Möglichkeit die klimabilanziell sehr nachteiligen Kohlekraftwerke weiter in der Nutzung zu halten bis die Gaskrise vorüber ist oder ein ausreichender Anteil an Erneuerbaren Energien vorhanden ist, um die Stromproduktion klimaneutral zu gestalten. Die Kapazitäten für CCS werden ohnehin für alle verbliebenen Emissionen benötigt, die auch in Zukunft nicht vermieden werden können. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt mit der Speicherung von Klimagasen zu beginnen. Auch das IPCC empfiehlt den Einsatz von CCS als Möglichkeit CO₂ dauerhaft der Atmosphäre zu entziehen bzw. vorzuenthalten.

4. das Potenzial von Biogas vollumfänglich auszuschöpfen. Biogas kann für die Strom- und Wärmeproduktion oder als Treibstoff genutzt werden. Zurück bleibt mit dem Gärprodukt ein hochwertiges Düngemittel, reich an humusbildenden Stoffen und Nährstoffen. Damit schließt der Einsatz von Gärprodukten den natürlichen Nährstoff- und Humuskreislauf und ersetzt mineralischen Dünger, der sonst energiereich erzeugt werden muss. Auch der Beitrag zum Klimaschutz ist beträchtlich. Von über 60 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten Einsparung pro Jahr der Bioenergiebranche entfallen aktuell 20 Millionen Tonnen auf den Biogasbereich. Die Produktion von Nahrungsmitteln ist in Einklang mit der Biogaserzeugung zu bringen und je nach Welternährungslage neu zu bewerten. Damit das Potenzial besser ausgeschöpft werden kann, sind aus unserer Sicht erforderlich:

- a) die Anpassung von Auflagen, die die Rohstoffbasis unnötig einschränken und Anlagen mit unnötigen Auflagen und Kosten überziehen,
- b) die Steigerung der flexiblen Energiebereitstellung,
- c) der Ausbau der Mehrfachnutzung der Biomasse, um im Rahmen einer Kaskaden- oder Koppelnutzung die Konkurrenz zu anderen Verwertungsmöglichkeiten zu reduzieren oder
- d) die Schaffung von Voraussetzungen für einen unbürokratischen und wirtschaftlichen Weiterbetrieb der EEG-Anlagen, die zum Ende der Jahre 2022 bis 2026 ihren Zahlungsanspruch aus dem EEG verlieren.

5. den Schatz der tiefen Geothermie zu heben. Geothermiekraftwerke sind grundlastfähig und können kontinuierlich Wärme oder Strom oder beides liefern – mehr als 8.000 Stunden pro Jahr mit voller Leistung. Es entstehen bei der tiefen Geothermie praktisch keine Kohlendioxid-Emissionen. Außerdem nimmt die tiefe Geothermie im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energieformen wesentlich weniger Fläche in Anspruch.

Um diesen enormen Schatz zu heben, braucht es unserer Ansicht nach die entsprechenden regulativen Rahmenbedingungen und Marktanreize, wie:

- a) die Anpassung der teilweise konkurrierenden Gesetzgebung (Raumordnung, Bodenrecht, Wasserrecht, sowie BBergG, BauGB, UVPG, GEG, WärmelieferVO etc.),
- b) beschleunigte Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung (z.B. Einrichtung einer behördlichen Genehmigungssteuerung, zeitlicher Genehmigungsanspruch z.B. analog zum Baurecht, Entfall von Zwischengenehmigungen etc.) oder

c) die Ausweisung von Vorzugsflächen in der Flächennutzungsplanung.

6. **sämtliche Potenziale der Solarenergie auszuschöpfen und dabei den Flächennutzungskonflikt zwischen Energie- und Nahrungsmittelerzeugung zu lösen.** Bereits bebaute Flächen sollen vorrangig für den Ausbau genutzt werden. Wir fordern praxistaugliche und unbürokratische regulative Rahmenbedingungen und Marktanreize wie beispielsweise:
 - a) eine Vermarktungsoffensive von geeigneten Dachflächen und landeseigenen Grundstücken zum Zweck der Gewinnung von Solarenergie,
 - b) die Schaffung von Voraussetzungen für eine unkonventionelle Anwendung von Photovoltaik-Anlagen wie auf Straßen, aufgelassenen Weinbergen, an Lärmschutzwällen, Hauswänden etc.)
 - c) dass die Flächenkulisse für Solarparks unter Berücksichtigung landwirtschaftlicher und naturschutzverträglicher Aspekte maßvoll erweitert wird, dabei können auch Gewässer mit Floating-PV in Betracht gezogen werden.
 - d) eine Rechtslage, die solare Eigen- und Direktvermarktung deutlich attraktiver macht.
7. **für einen beschleunigten und technologieoffenen Ausbau der erneuerbaren Energien zu sorgen. Förderungen und Investitionen in Erneuerbare Energien müssen klar dem Leitsatz „So viel Kilowattstunden wie möglich, für so wenig Euros, wie nötig“ folgen.** Dazu fordern wir, dass:
 - a) die Förderung des Ausbaus in einem volkswirtschaftlich sinnvollen Rahmen erfolgt,
 - b) erneuerbare Energien, insbesondere Windenergie, nur dort ausgebaut werden, wo sie effektiv und volkswirtschaftlich sinnvoll sind und
 - c) die Potenziale der Stromgewinnung aus der kleinen Wasserkraft weiter genutzt werden und diese entsprechend gefördert wird.
8. **die Potenziale von Fracking und der Gasförderung in Deutschland ergebnisoffen zu prüfen und ggf. weiter zu erschließen.** Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf innovative und umweltschonende Förderverfahren sowie den im Vergleich zu Importen von Fracking-Gas möglichen Einspareffekten bei Kosten und CO₂ gelegt werden. Die bereits vorhandenen Anträge zur Erschließung neuer Gasförderstätten müssen endlich schnell bearbeitet werden.
9. **an der bisherigen Politik, Gaskraftwerke als Übergangstechnologie zur Grundlastsicherung zu nutzen, festzuhalten.** Trotz der aktuellen Gasmangellage sollen mit Blick auf die Zukunft solche Anlagen projektiert werden und mit Hochdruck an internationalen Wasserstoffpartnerschaften gearbeitet werden. Mittel- und langfristig können Gaskraftwerke mit Wasserstoff und damit klimaneutral betrieben werden. Sie müssen also heute bereits so geplant werden, dass sie zukünftig Wasserstoff als Energiequelle nutzen können.
10. **die Anstrengungen zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland und Baden-Württemberg zu verstärken und den Anteil an Wasserstoff im Erdgasnetz zu erhöhen.** Grüner Wasserstoff aus Erneuerbaren oder roter Wasserstoff aus Kernenergie kann im Gasnetz Erdgas ersetzen und damit den Gasverbrauch senken. Die zahlreichen angestoßenen Projekte in diesem Bereich müssen daher schnellstmöglich genehmigt und umgesetzt werden.
11. **den Einsatz für mehr internationale Zusammenarbeit in der EU und darüber hinaus in Form von Energiepartnerschaften.** Die Nationen der Welt haben

unterschiedlichste Voraussetzungen für die Produktion erneuerbarer Energien. Wir erreichen eine zuverlässige Energieversorgung, die klimaneutral werden kann, nur durch globale Zusammenarbeit.

Beschluss: Luftverkehrsstandort Baden-Württemberg stärken

Die Freien Demokraten sprechen sich für eine Stärkung des Luftverkehrsstandorts Baden-Württemberg aus.

Die Freien Demokraten stellen fest:

- Ein generelles Verbot bestimmter Flugreisen kommt nicht in Betracht.
- Baden-Württemberg verfügt in Gestalt des Landesflughafens Stuttgart, der beiden Verkehrsflughäfen Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen sowie der 18 Verkehrslandeplätze über eine Luftverkehrsinfrastruktur, die es zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt.
- Regional ist auch der Flughafen EuroAirport Basel, Mulhouse Freiburg von hoher Bedeutung für Baden-Württemberg.
- Baden-Württemberg ist die Heimat einer Vielzahl von Weltmarktführern und bedeutenden Unternehmen, die häufig fernab des Landesflughafens oder der beiden Verkehrsflughäfen angesiedelt sind. Für diese haben die Verkehrslandeplätze eine große Bedeutung.
- Die Landesregierung muss im Rahmen des europa- und bundesrechtliche Zulässigen die Investitionen in die Infrastruktur des Luftverkehrs angemessen fördern und den Luftverkehr aktiv unterstützen.
- In der Debatte um den Klimaschutz führen nicht Verbote zum Ziel, sondern Innovationen. Deshalb muss es der Landesregierung ein ernstes Anliegen sein, so genannte Sustainable Aviation Fuels in die breite Anwendung zu bringen. (SAF – Kraftstoffe, die als reFuels auf Grundlage erneuerbarer Energien erzeugt werden, z. B. synthetische Kraftstoffe oder auch nachhaltige Biokraftstoffe im Sinne der RED II der Europäischen Union).

Beschluss: Leistungsfähiger Ausbau der Gäubahn und Einbindung in den Knoten Stuttgart endlich umsetzen

Die Freien Demokraten sprechen sich für einen schnellen und umfänglichen Ausbau und eine gute Einbindung der Gäubahn in den Knoten Stuttgart aus.

Die Freien Demokraten stellen fest:

- Die Gäubahn ist als „Magistrale“ zwischen Berlin und Italien eine wichtige Teil-Verkehrsachse Richtung Zürich, Gotthard und Mailand. Sie hat damit eine enorme strategische Bedeutung für das ganze Land. Zur Unterstützung der Ertüchtigung dieser Strecke wurde bereits im Jahr 1996 der Vertrag von Lugano („Vereinbarung zum grenzüberschreitenden Schienenverkehr“, u.a. Fahrtzeitverkürzungen) zwischen Deutschland und der Schweiz geschlossen, der vor kurzem novelliert worden ist. Die Schweiz hat in den letzten Jahren ihren Teil der Strecke umfassend modernisiert. Auf dem deutschen Teil der Strecke ist seit Ende der 1990er Jahre quasi nichts passiert.
- Ein attraktives Nah- und Fernverkehrsangebot ist unerlässlich, das in Bezug auf Fahrzeiten, Komfort, Services und Zuverlässigkeit konkurrenzfähig ist und neben dem motorisierten Individualverkehr eine Maßnahme zum Klimaschutz bietet. An erster Stelle sind der Bund und sein Eisenbahninfrastrukturunternehmen (Deutschen Bahn Netz AG) für den Bau der Gäubahn verantwortlich. Dieser Ausbau ist seit Jahren im Bundesverkehrswegeplan 2030 verankert, ohne dass es nennenswerte Fortschritte gegeben hätte. Lediglich die Doppelspurinsel zwischen Horb und Neckarhausen rückt in greifbare Nähe.
- Die Gliederungen der FDP in Baden-Württemberg setzen sich seit Jahren mit einer Vielzahl von Anträgen etc. für einen leistungsfähigen Ausbau der Gäubahn ein. Dabei geht es nicht nur um den Bau der seit Jahren versprochenen und im Bundesverkehrswegeplan verankerten Doppelspurinseln. Es geht auch um die Einhaltung des Vertrags von Lugano. Weitere Projekte wie die Konzeption des neuen langen Pfaffensteigtunnels zum Anschluss an den Landesflughafen Stuttgart, die Ergänzungsstation beim neuen Hauptbahnhof und vor allem die leistungsgerechte Anbindung des Südens des Landes über Singen und Böblingen sind ebenso relevant und diskussionswürdig, wie die völlig unzureichende Mobilfunksituation auf dieser viel zu lange vernachlässigten Eisenbahninfrastruktur.

Die Gliederungen der FDP in Baden-Württemberg fordern daher:

eine rasche Planung des Pfaffensteigtunnels.

1. Die Planungen für den langen Pfaffensteigtunnel zwischen der Gäubahn und Flughafen werden rasch vorangetrieben und die Planungen zum Planfeststellungsabschnitt PFA 1.3b eingestellt. Es ist insbesondere zu prüfen, wie lang der Tunnel sein muss und ob eine Verkürzung (etwa Beginn des Tunnels in Oberaichen) möglich ist. Dies würde enorme Einsparungen nach sich ziehen.
2. Der vorgestellte neue lange Pfaffensteigtunnel beschleunigt den Schienenverkehr. Er vermeidet zudem den ansonsten geplanten Mischverkehr zwischen S-Bahnen und übergeordnetem Verkehr. Der weitere große Vorteil ist, dass die im Zuge der Realisierung des PFA 1.3b erfolgende umfängliche Kappung des S-Bahn-Verkehrs zwischen Vaihingen und dem Flughafen sowie den Folgestationen entfällt. Ein neues Notfallkonzept für den S-Bahn-Verkehr ist vorzulegen.
3. Sämtliche Beschleunigungsmöglichkeiten sind zu nutzen, um den Zeitpunkt der direkten Unterbrechung der Gäubahn an den neuen Tiefbahnhof zu minimieren. Wir fordern ein

Konzept für den mehrjährigen Zeitraum zwischen der Inbetriebnahme des neuen Stuttgarter Hauptbahnhofs und der Inbetriebnahme der Anbindung der Gäubahn über den Filderbereich zum neuen Stuttgarter Hauptbahnhof. Eine jahrelange Unterbrechung der Strecke durch einen Umsteigehalt in Vaihingen macht die Strecke für den ICE/IC-Fernverkehr noch unattraktiver und ist absolut inakzeptabel. Demgegenüber muss die Panoramabahn als Überbrückung für die Bauphase genutzt werden.

den Erhalt des Fernverkehrs-Halts in Böblingen und den Halt Singen Hauptbahnhof.

1. Die Anbindung von Böblingen und Singen an den Fernverkehr Stuttgart – Zürich ist unerlässlich. Es ist nicht zielführend die Fernverkehrszüge nicht mehr nach Singen Hbf., sondern über die Singener Kurve bzw. Landesgartenschau Singen und ohne Halt in Böblingen zu führen.
2. Der Fernverkehrs-Halt Böblingen wird der herausragenden wirtschaftlichen Bedeutung sowie des Siedlungsumfangs des Raums Böblingen/Sindelfingen gerecht. Böblingen ist der wirtschaftsstärkste Landkreis in der Region und im Land. In Böblingen gibt es ein tägliches Fahrgastaufkommen von ca. 40.000 Personen. Die Besucher der namhaften Firmen mit Sitz im Landkreis Böblingen brauchen eine attraktive Anbindung.
3. Der Halt der Gäubahn im Hauptbahnhof Singen und damit ein direkter Anschluss der Gäubahn an das Fernverkehrsnetz über den Flughafenbahnhof ist dringend erforderlich. Ein Halt Singen Landesgartenschau mit Umstieg ist nicht attraktiv. Die Singener Kurve war in den bisherigen Planungen nur für Güterzüge gedacht. Sie soll nicht für Personenzüge genutzt werden.

einen leistungsfähigen Südzulauf (Gäu-Neckar-Bodenseebahn).

1. Die Anbindung des Südens von Baden-Württemberg über eine umsteigefreie Verbindung über die Gäubahn muss erfolgen. Über die ICE/IC-Verbindung auf der Gäu-Neckar-Bodenseebahn werden ca. zwei Millionen Einwohner im Süden Baden-Württembergs an die Region Stuttgart angebunden und über den Hbf. Stuttgart an das ICE-Netz angebunden.
2. Die teilweise Eingleisigkeit des Streckenabschnitts stellt ein großes Problem dar, ist aber historisch bedingt (Demontage des 2. Gleises während der französischen Besatzung). Ein zweigleisiger Ausbau wird u.a. deshalb schwierig, weil sich das Gleis in der Mitte des Damms befindet und es zunächst komplett abgebaut werden müsste. Da dies eine Streckensperrung über viele Jahre nach sich ziehen würde, sind die Pläne durch verschiedene Doppelspurinseln zwischen Horb und Singen die Verspätungsanfälligkeit zu beseitigen und dadurch sowohl Kapazität und Reisegeschwindigkeit der Strecke zu verbessern, weiter zu verfolgen.
3. Andererseits soll das Ziel der Zweigleisigkeit nicht aufgegeben werden. Durch temporäre Sperrungen und im Rahmen von Teilstrecken ist ein zweigleisiger Ausbau langfristig möglich. Bei solchen kurzen Streckensperrungen wäre die Belastung der Passagiere überschaubar.
4. Der südliche Gäubahn-Streckenabschnitt ist kurzfristig und prioritär mit elektrischer Stellwerktechnik auszustatten.

eine genaue Prüfung, ob die Entwicklung des Schienenfern- und Regionalverkehrs mit der jetzt im Bau befindlichen Infrastruktur zu bewältigen ist.

leistungsfähige Nordzulaufstrecken zum neuen Tiefbahnhof.

1. Wir treten für leistungsfähige Zulaufstrecken zum neuen Tiefbahnhof ein. Die verschiedenen Möglichkeiten den Nordzulauf auszubauen sind zu prüfen (P-Option: Anbindung des Cannstatter Tunnels an die Nah- und Ferngleise aus Richtung Feuerbach; Nordkreuz: Anbindung Panoramabahn in Richtung Feuerbach und in Richtung Bad Cannstatt; Bau eines neuen Tunnels im Nordzulauf auf Stuttgart, der zwischen Möglingen und Stammheim von der bestehenden Schnellfahrstrecke abzweigt und direkt zum neuen Tiefbahnhof führt).
2. Die Ausbauoptionen sind schnellstmöglich zu nutzen, um wachsende Verkehre aufnehmen zu können und Tangentiallinien zu führen. Nicht jeder Fahrgast hat den Hauptbahnhof als Endziel.

die Weiternutzung der Panoramabahn im Stadtgebiet Stuttgart.

1. Die Weiternutzung der Panoramabahn soll auch nach der vollständigen Inbetriebnahme von Stuttgart 21 erfolgen. Sie dient insoweit als ergänzende Infrastruktur für den Knoten Stuttgart, als dass es verkehrlich zielführend und städtebaulich vereinbar ist.
2. Auch die Panoramabahn leistet einen Beitrag für die leistungsfähige Einbindung der Gäubahn in den Zulauf zum neuen Tiefbahnhof. Es gibt andere Möglichkeiten als sie nur in einen neuen Ergänzungsbahnhof einzubinden. Auch hier ist ein Konsens mit den Beschlusslagen von Stadt und Region unabdingbar.

funktionierendes WLAN in allen Zügen auf der Gäubahn.

1. Eine Verbesserung der Mobilfunksituation auf der gesamten Strecke der Gäubahn und damit ein flächendeckender 5G-Ausbau ist notwendig für eine stabile WLAN-Verbindung in den Zügen.

Beschluss: Sofortprogramm für unsere Kommunen

Die weltweiten Folgen der Corona-Krise zeigen sich auch in den kommunalen Haushalten unserer Städte und Gemeinden. Dies stellt die Kommunen aktuell und in den kommenden Jahren vor finanzielle und strukturelle Herausforderungen. Zudem haben die Pflichtaufgaben (z.B. Investitionen in Kitas und Schulen) in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, mit der Folge, dass viele freiwillige Leistungen (z.B. Unterstützung der Vereine) zurückgefahren wurden. Durch die aktuell hohen Preise im Bausektor investieren die Kommunen zurückhaltender. Bei vielen kommunalen Investitionen gibt es zu viele untaugliche Förderprogramme, die beispielsweise anteilig den Neubau einer Schule fördern, die Kommunen jedoch vollständig die sehr hohen Folgekosten zu tragen haben. Auch dies führt zu einer hohen finanziellen Belastung der Kommunen bei und schränkt deren Handlungsspielraum ein. Um der aktuellen Entwicklung entgegenzuwirken schlagen wir folgende Maßnahmen, befristet bis zum 31.12.2025, vor:

1. Die Landesregierung zahlt dauerhaft eine Milliarde mehr in den kommunalen Finanzausgleich ein, z.B. durch eine Absenkung des Vorwegabzugs oder höhere Zuweisung. Eine mögliche Gegenfinanzierung erfolgt über die Reduzierung bürokratischer Förderprogramme.
2. Gemeinden in vereinbarten Verwaltungsgemeinschaften können nach dem Finanzausgleichsgesetz bei den Kopfbeträgen der Bedarfsmesszahlen A und B, die Einwohnerzahlen und Flächen der Verwaltungsgemeinschaft, geltend machen. Allgemeine Zusammenschlüsse von Kommunen zur Nutzung von Synergien und Kostenreduzierung z.B. im Bereich Naturschutz, Mobilität oder Digitalisierung werden effizienter gefördert und Planungsverfahren beschleunigt.
3. Um schnellere kommunale Vergabeverfahren und eine Stärkung der der lokalen Wirtschaft zu ermöglichen soll die bis zum 31.12.2021 befristete Verwaltungsvorschrift zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge bis zum 31.12.2025 verlängert werden.
4. Um den Fachkräftemangel z.B. bei den kommunalen Architekten, Ingenieuren, Erziehern oder Fachangestellten für Bäderbetriebe zu reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Arbeitgeber zu erhöhen, werden bei diesen Berufen mit akutem Personalmangel, bei entsprechenden fachlichen Voraussetzungen, eine übertarifliche Bezahlung ermöglicht.
5. Die Programme zur Förderung von Vereinen oder ehrenamtlichen Engagement werden von den entsprechenden Ministerien an die jeweils zuständigen Landratsämter und Regierungspräsidien delegiert.

Beschluss: Anzahl der Fahrradtrails in Baden-Württemberg deutlich erhöhen

Wir Freien Demokraten wollen Baden-Württemberg mit seiner Natur und seinem Freizeitwert für Radfahrer besser erschließen:

Während wir an der 2-Meter-Regelung aus dem Landeswaldgesetz grundsätzlich festhalten wollen, setzen wir uns dafür ein, unter Einbeziehung der Interessengruppen die Anzahl der Fahrradtrails in Baden-Württemberg deutlich zu erhöhen und so weit wie möglich zu einem Netz zu verknüpfen. Die Trails sollen kartographiert werden, sodass sie in den Landkarten und Apps als solche ausgewiesen werden können sowie einheitlich und deutlich erkennbar beschildert werden.

Beschluss: Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit sind keine Schande, Hasskriminalität schon!

Auf ihrer 215. Sitzung der Innenministerkonferenz haben sich die 16 Innenminister erstmalig mit Hasskriminalität gegen LSBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intergeschlechtliche) befasst. Angesichts der massiv zunehmenden Fallzahlen, hinter denen sich eine noch größere Dunkelziffer verbirgt, und nicht zuletzt wegen des von der damaligen Bundesregierung totgeschwiegenen homofeindlichen Terroranschlags in Dresden war es dafür höchste Zeit. Niemand darf in einem freiheitlich demokratischen Land aufgrund seiner sexuellen oder geschlechtlichen Identität Angst vor gewaltsamen Übergriffen haben müssen.

Nachdem die Ampelkoalition im Bund in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat, einen Nationalen Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt angekündigt hat und damit endlich Maßnahmen zur Bekämpfung von Hasskriminalität gegen LSBTI ergreift, wird es auch in Baden-Württemberg Zeit zu handeln.

Als liberale Partei sehen wir auch in Baden-Württemberg unsere Verantwortung darin, entschlossen gegen Diskriminierung jeglicher Art einzustehen und uns für die Rechte und den Schutz von LSBTI einzusetzen.

Als FDP Baden-Württemberg fordern wir daher:

- Die öffentliche und schulische Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt soll in Baden-Württemberg gestärkt werden. So sollen vor allem flächendeckende Aufklärungsangebote sichergestellt werden und das Thema in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften eine wichtigere Rolle spielen.
- Die Dunkelziffer LSBTI-feindlicher Hasskriminalität liegt nach Schätzungen bei bis zu über 80 %. Wir fordern daher, Ansprechpartner für homo- und trans*feindliche Hasskriminalität bei den Polizeibehörden und den Staatsanwaltschaften zu schaffen, damit die Anzeigebereitschaft deutlich erhöht wird. Zudem sollen Sicherheitsbehörden und polizeiliche Ermittlungsdienste sowie Richter und Beamte der Justiz im Rahmen von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen landesweit für die Erkennung und Verfolgung homo- und transfeindlicher Gewalt sensibilisiert werden.
- Informationen und Aufklärung zu homo- und transfeindlicher Kriminalität sollen insbesondere auf den Websites und Social-Media-Auftritten der baden württembergischen Polizei kommuniziert werden, damit sich Betroffene dort zielgerichtet informieren und über ihre Handlungsmöglichkeiten und Rechte erkundigen können.
- Die Landesregierung soll Untersuchungen in Auftrag geben, um detaillierte und bundesweit einheitliche Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie Erkenntnisse über den Umgang von Polizei- und Justizbehörden mit den Ausprägungen von LSBTI-feindlicher Hasskriminalität zu erlangen. Dem Landtag ist regelmäßig über diese Erkenntnisse zu berichten.
- Die von der Ampel-Bundesregierung geplante grundgesetzliche Schutz der sexuellen Identität unterstützen wir ausdrücklich und fordern von der Landesregierung eine diesbezügliche Zustimmung.
- Angesichts des zunehmenden Beratungs- und Selbsthilfebedarfs für LSBTI und deren Umfeld sollen die Angebote im Land flächendeckend ausgebaut und finanziell gestärkt werden.

Beschluss: Ernährungsschutzgebiete - Qualitätsoffensive für den Boden

Durch Klimawandel, Vernässung von Moorlandschaften zur CO₂-Bindung, Flächenverbrauch für Siedlungsflächen, Infrastruktur oder die Gewinnung von regenerativer Energie werden fruchtbare Ackerstandorte global und regional rasant knapper, bei weiter steigender Zahl von Menschen und deren Ansprüche. Deshalb besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Wir Freie Demokraten erkennen an, dass der Schutz des Bodens ein wichtiges Element des Klima- und Umweltschutzes ist. Aus diesem Grund muss der Verbrauch von Fläche wohl überlegt erfolgen. Die Ressource Boden muss auch für kommende Generationen bewahrt werden, um diesen eine lebenswerte Umwelt zu bieten.

Der Flächenverbrauch muss transparenter gemacht werden. Auch die Umwidmung von Flächen zu Schutzgebieten oder als ökologische Ausgleichsmaßnahme muss in der Statistik aufgeführt werden.

Da landwirtschaftliche Betriebe auch einen Beitrag zum ökologischen Ausgleich leisten, sollen auch Böschungen und Landschaftselemente an Feldrändern für ökologische Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden.

Die Landwirtschaft leistet durch Humusaufbau und Erosionsschutz einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit. Bei Böden hoher Güte kann der Einsatz von Produktionsmitteln reduziert werden, was ein weiterer Beitrag für Umweltschutz und Ressourcenschonung ist. Daher fordern wir Freie Demokraten beim Flächenverbrauch den Faktor Bodenpunkte als Kriterium aufzunehmen. Bei der Ausweisung von Wohn- oder Gewerbegebieten, Infrastrukturprojekten oder Energieanlagen sowie den dazugehörigen Ausgleichsflächen sollen die Bodenpunkte berücksichtigt werden. Hochwertige Flächen müssen für die Versorgungssicherheit in landwirtschaftlicher Produktion zur Ernährungssicherung verbleiben.